

474

Montan-Union und volkswirtschaftliche Produktivität

FESTREDE

*gehalten in der öffentlichen Sitzung
der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
in München am 1. Dezember 1951*

VON

ADOLF WEBER

o. Mitglied der philosophisch-historischen Klasse

München 1951

Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
In Kommission bei der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung München

Montan-Union und volkswirtschaftliche Produktivität

FESTREDE

*gehalten in der öffentlichen Sitzung
der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
in München am 1. Dezember 1951*

VON

ADOLF WEBER

o. Mitglied der philosophisch-historischen Klasse

München 1951

Verlag der Bayerischen Akademie der Wissenschaften

In Kommission bei der C. H. Beck'schen Verlagsbuchhandlung München

Vor einigen Monaten hielt in unserem Kreise Staatssekretär Prof. Dr. Hallstein einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die wissenschaftlichen Grundlagen des Schumanplans“. Er forderte die Wissenschaft, insbesondere die Nationalökonomie, auf, die Regierung bei ihren Bemühungen um die europäische Integration zu unterstützen. Selbstverständlich dachte Prof. Dr. Hallstein nicht daran, die Wissenschaft zum Handlanger der Politik zu machen. Jede Wissenschaft, auch die Volkswirtschaftslehre, kennt nur ein Ziel, sie sucht allgemein gültige Urteile, allgemein gültige Erkenntnisse, kurz die Wahrheit, die von jedem, der folgerichtig denken kann und will, anerkannt werden muß. Jede Wissenschaft hat dieserhalb aus der ungeheuren Mannigfaltigkeit des Geschehens ihr eigenartiges Erkenntnisobjekt herauszuschälen. Das ist für die Volkswirtschaftslehre das wirtschaftliche Gemeinschaftsleben, also nur ein kleiner Ausschnitt aus dem Dasein der Menschen. Die Wirtschaftswissenschaft wird volles Verständnis dafür haben müssen, daß jede Politik, auch jede Wirtschaftspolitik der „Moral huldigen muß“ (Kant). Aber es wäre anmaßend von ihr, wenn sie von sich aus bestimmen wollte, welches die richtige Moral ist. Aus der notwendigen Begrenzung der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft ergibt sich, daß sie nur mit größter Zurückhaltung über politische Geschehnisse und politische Pläne im Namen der Wissenschaft ein endgültiges Urteil abgeben darf. Einer der hervorragendsten unter den lebenden Nationalökomen, der auch als Wirtschaftspolitiker außergewöhnliche Erfolge hatte, der derzeitige Präsident der italienischen Republik, Luigi Einaudi, meinte gelegentlich: „Was die Nationalökomen wissen, ist unendlich wenig gegenüber dem, was sie wissen müßten, um wirklich die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft übernehmen zu können. Mögen sie wieder bescheiden werden und zugeben, wie es auch die Klassiker getan haben, daß die praktischen Entschlüsse, die sich aus den Theorien ziehen lassen, fast durchweg negativ sind, sie können da und dort lehren, was man unterlassen soll, aber so gut wie nichts von dem, was getan werden müßte, um das Los der Menschheit zu verbessern.“

Diese Mahnung ist bei einer Stellungnahme der Wirtschaftswissenschaft zum Schumanplan in besonderem Maße am Platze, denn der Schumanplan ist in erster Linie ein Politikum. Der politische Zweck ist, wie Bundeskanzler Adenauer bei der Beratung im Bundestag erklärte, „unendlich viel größer als der wirtschaftliche Zweck“.

Indessen muß festgestellt werden, daß wohl noch niemals in der Geschichte der Menschheit das wirtschaftliche Gemeinschaftsleben so entscheidend für das Leben der Völker war als in der Gegenwart. Dies aus einer Reihe von Gründen. Nach dem zweiten Weltkrieg sind die Lebensansprüche allenthalben, auch bei den Völkern, die an der Grenze der Kultur leben, wesentlich gestiegen, auf lange Sicht braucht das kein Passivum zu sein, die Erfahrungen haben häufig genug gezeigt, daß mit steigenden Lebensansprüchen auch der Leistungswille steigt, aber vorerst sind die gewachsenen Ansprüche lediglich eine Belastung und die steigenden Leistungen eine Hoffnung für die Zukunft. Es scheint auch festzustehen, daß nach dem zweiten Weltkrieg die Zahl der Menschen auf der Erde stärker gewachsen ist als der Nahrungsspielraum; die Folgen sind in den letzten Jahren überdeckt worden durch eine Serie außergewöhnlich guter Welternten, es sind Anzeichen dafür vorhanden, daß diese Serie im nächsten Jahre nicht fortgesetzt wird. Die Kulturstaaten sind Wohlfahrtsstaaten geworden mit, wie sich ein Nationalökonom (Groß) kürzlich ausdrückte, „exzessiven“ Ausgaben für soziale Zwecke. Bei einem Bundeshaushalt von 20,5 Milliarden belaufen sich beispielsweise die sozialen Aufwendungen allein beim Bund auf jährlich 9,2 Milliarden. Diese Ausgaben sind aber unvermeidbar, wenn schwere soziale Spannungen vermieden werden sollen und insbesondere im Interesse unseres Kampfes gegen die bolschewistischen Gefahren; es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Gefahren überwunden werden können, wenn die kapitalistischen Länder es nicht besser machen namentlich im Hinblick auf die Lebenshaltung der breiten Massen. Jedenfalls fallen die exzessiven Ausgaben für den sozialen Fortschritt weit weniger ins Gewicht als die exzessiven Ausgaben für die Rüstungswirtschaft.

Fatalerweise haben diese Ausgaben die Tendenz, gewissermaßen in geometrischer Progression zu wachsen. Der Teil der Erde, der

in den Rüstungstaukel einbezogen wird, nimmt immer größere Dimensionen an und die Technik feiert bei der Herstellung von Kriegswerkzeugen unerhörte Triumphe. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat allein für Forschungsarbeiten auf dem Gebiete der ferngelenkten Geschosse („Guided Missiles“) die gewaltige Summe von tausend Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, die bis zum Juli des kommenden Jahres ausgegeben werden sollen, doch offenbar mit dem Ziele, die bisherigen taktischen und strategischen Waffen weitgehend als veraltet auszuschalten. Was machten wir uns in dem reichen Deutschland des Jahres 1912 für Sorgen, als ein Wehrbeitrag ausgeschrieben wurde, der einmalig eine Milliarde für zusätzliche Rüstungen forderte, und nun sollen in den Vereinigten Staaten für die Rüstung innerhalb kurzer Zeit Summen aufgewendet werden, die unter Berücksichtigung des geänderten Geldwertes wohl fünfzigmal höher liegen! Das sind erschreckende Ziffern, doppelt bedenklich, weil es sich um Werte handelt, die bei dem kalten Krieg aufs Spiel gesetzt werden müssen, auf den die Bolschewiken ihre ganze Hoffnung setzen. Lenin wußte schon, was er sagte, als er anfangs der zwanziger Jahre meinte, das beste Mittel, die Wirtschaft der kapitalistischen Länder zu zerstören, sei Zerstörung ihrer Währung durch die Inflation.

Wir stehen heute am Beginne eines inflationistischen Phänomens, das in der Wirtschaftsgeschichte neu ist. Bis dahin gab es nur Inflationen in einzelnen Ländern, die Nachbarn konnten und mußten helfen; jetzt handelt es sich um die beginnende Weltinflation in der freien Welt als Ganzem. England, immer noch das Zentralhandelsland, kämpft einen verzweifelten Kampf gegen die Inflation, Frankreich nicht minder, obwohl vor nicht allzu langer Zeit der Franc auf dem Wege zu sein schien, eine harte Währung zu werden. Zahlreiche andere Länder in allen Erdteilen sind in ähnlicher Lage. USA, das ebenfalls inflationistische Wege wandelt, macht sich noch keine große Sorge, daß es durch eine destruktive Inflation heimgesucht werden könne. USA erlebt im Augenblick eine Periode begreiflicher Ahnungslosigkeit, es hat seit Generationen weder praktische Erfahrungen mit einer offenen noch mit einer verdeckten Inflation gemacht. Es befindet sich in einer ähnlichen Lage wie wir etwa in den Jahren 1921/22. Wir können nur

mit größter Sorge hoffen, daß ihm die Erfahrungen erspart bleiben, die wir im Herbst 1923 und im Frühjahr 1948 machen mußten.

Der soeben herausgegebene Bericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) an den Europarat schließt mit folgendem Satz: „Es muß ein neues Gleichgewicht hergestellt werden zwischen den zur Verfügung stehenden Mitteln und dem Verbrauch.“ Es gibt keine ernstere Warnung, die sich an die gesamte freie Welt richtet.

Unvermeidlich scheint es zu sein, daß wir unseren Lebensbedarf, besonders aber den Luxusbedarf einschränken, doch muß daran erinnert werden, daß der Verbrauch keineswegs immer unproduktiv ist, auch wird eine wesentliche Einschränkung angesichts des Widerstandes der organisierten Arbeiter schwer sein; viel wichtiger ist jedenfalls Steigerung unserer volkswirtschaftlichen Leistungskräfte. Nun ist es aber einer der verhängnisvollsten Irrtümer der neuzeitlichen Wirtschaftspolitik, daß Steigerung des Produktionsvolumens mit Steigerung der nachhaltigen volkswirtschaftlichen Produktivität verwechselt wird. Schon rein äußerlich wird meist übersehen, daß mit Steigerung der Produktionsziffern bei der neuzeitlichen Wirtschaftsentwicklung sehr erhebliche Passiva verbunden sind. Wir haben beispielsweise in Deutschland seit 1936 im Bergbau die erforderlichen Ergänzungs- und Aufschließungsarbeiten versäumt, dadurch ist ein Nachholbedarf entstanden, der allein im Ruhrbergbau z. Z. mit 4,7 Milliarden DM beziffert wird. Zeitweise haben wir unsere Handels- und Zahlungsbilanz erheblich verbessert durch außergewöhnliche Steigerung unseres Holzexportes, es geschah auf Kosten einer Forstwirtschaft mit der Folge, daß wir frühestens nach einer Generation auf einen Ausgleich hoffen können. Die landwirtschaftliche Produktion war begünstigt durch eine Reihe außergewöhnlich guter Ernten, aber unsere Agronomen klagen über die schleichende Erkrankung unseres Ackerbodens, auch die Erosion macht bedenkliche Fortschritte. Unsere Eisenbahn hat nach dem Zusammenbruch erfreuliche Wiederaufbauarbeiten geleistet, in dem letzten Bericht der Eisenbahndirektion

wird aber darüber geklagt, daß die Zahl der gebrauchsfähigen Güterwagen wegen Kapitalmangel abnehmende Tendenz hat. Diese Beispiele lassen sich mit leichter Mühe vermehren. Denken wir an die Zeit, als unsere große offene Inflation zuerst langsam, dann immer rascher dem Höhepunkt zueilte. Wir hatten Vollbeschäftigung, die Produktion stieg, die Ausfuhr wies erfreuliche Ziffern auf, zeitweise sah es auch mit dem öffentlichen Haushalt nicht schlecht aus, schon deshalb, weil die Beamtengehälter den Lohnsteigerungen nachhinkten und die Umsätze stark stiegen, aber wir lebten von der Substanz, wir zerstörten die volkswirtschaftliche Apparatur, setzten uns über die Harmonie der Produktion hinweg, im Interesse einer augenblicklichen Produktionssteigerung belasteten wir die Zukunft in unerträglichem Maße.

Bedenklich ist es auch, bei einer Statistik des sogenannten „Sozialprodukts“ etwa landwirtschaftlichen Maschinen und militärischen Zerstörungsinstrumenten den gleichen Rang in der Erfolgsbilanz zuzuweisen. Die Rüstungseinrichtungen nützen dann am meisten, wenn sie völlig nutzlos bleiben, sie bedeuten aber Vergeudung der Produktionselemente und bringen eine verhängnisvolle doppelte Kontinuitätsstörung mit sich, einmal dann, wenn die Rüstungswirtschaft in die Volkswirtschaft hineingepreßt wird, und ein andermal, wenn sie aus der Volkswirtschaft wieder herausgelöst werden muß.

Zum Glück sehen die verständigen Arbeiterführer ein, daß unter den heutigen Umständen eine nachhaltige Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht erreicht werden kann durch Änderung in der Verteilung, sondern durch Steigerung der Leistung. Die englischen Gewerkschaften haben kürzlich ein sehr interessantes Buch herausgegeben, in dem sie unter Ausnützung namentlich der amerikanischen Erfahrungen die These vertreten: „Die Produktivität steigern ist nicht nur ein Anliegen der Unternehmer, sondern ebenso, wenn nicht sogar in erster Linie, der Arbeitnehmer. Das ist also das wahre Problem, vor dem die Gewerkschaften stehen, Mittel und Wege zur Erhöhung der Produktivität zu finden.“ Die englischen Gewerkschaften erblicken in Steigerung der technischen Einzelleistung das Mittel zur Steigerung der Produktivität. Das klingt sympathisch, aber

man stutzt, wenn man weiß, daß dies, genau dies auch das Rezept Lenins und noch mehr Stalins war und ist. Die Sowjetwirtschaft hatte damit äußerlich überraschend große Erfolge. Die industrielle Produktion überstieg in der Sowjetwirtschaft beim Eintritt in den zweiten Weltkrieg diejenige vom Jahre 1913 um das 11,7fache, im Maschinenbau betrug die Steigerung das 41-fache, die Produktion von hochwertigem Walzdraht war im Jahre 1940 im Vergleich zu 1913 um das 80fache gestiegen! Dennoch war es nicht möglich, die Lebenshaltung der russischen Bevölkerung gegenüber der zaristischen Zeit zu steigern, obwohl in jener Zeit in Sowjetrußland die Rüstungsausgaben relativ nicht größer waren als in den kapitalistischen Ländern; die Lebenshaltung wäre wahrscheinlich sogar erheblich gesunken, wenn nicht mit brutaler Rücksichtslosigkeit aus der menschlichen Arbeitskraft innerhalb und außerhalb der Konzentrationslager das Äußerste herausgewirtschaftet worden wäre. Derartige Zwangsmaßnahmen geben der total gelenkten Volkswirtschaft für begrenzte Zeit eine Überlegenheit, die in den demokratisch regierten Ländern durch Steigerung echter volkswirtschaftlicher Leistungen ausgeglichen werden muß.

Sowohl diejenigen, die glauben, daß Ausdehnung des Produktionsvolumens genüge, um den wünschenswerten sozialökonomischen Fortschritt zu erzielen, wie diejenigen, die diesen in der Steigerung der technischen Einzelleistung erblicken, haben zwei grundlegende Wahrheiten übersehen, die schon vor hundert Jahren erkannt und ausgesprochen wurden. Friedrich List war es, der mit großem Nachdruck betonte, daß wichtiger als Reichtum die Kraft sei, Reichtum zu erzeugen. Daher kommt es weniger darauf an, die Produktion zu steigern, als die Produktions-elemente zu vermehren, die nachhaltig in den Dienst der Volkswirtschaft gestellt werden, also Vermehrung der menschlichen Wirksamkeiten, vor allem Steigerung der Einsicht und des Willens – der Mensch tritt als Muskelmaschine bei der gesunden Fortentwicklung der Volkswirtschaft immer stärker in den Hintergrund –, Vermehrung der nutzbaren Bodensubstanz und Bodenkraft unter Verzicht auf jedweden Raubbau und namentlich auch Vermehrung des eigentlichen dynamischen Produktions-elementes, dessen, was erarbeitet, aber nicht unmittelbar dem

Konsum zugeführt wird, sondern als „vorgetane Arbeit“ der volkswirtschaftlichen Produktion zugute kommt; man nennt es kurz, aber vieldeutig „Kapital“.

Auch das ist noch nicht allein entscheidend. Die Volkswirtschaft ist nicht das Nebeneinander von privatwirtschaftlichen Einzelleistungen, sondern das harmonische Ineinandergreifen dieser Einzelleistungen. Daraus zog Proudhon, der große Gegenspieler von Karl Marx, die Folgerung, daß der Reichtum eines Volkes mit der Proportionalität der Produktion gleichbedeutend sei. Die Jahrzehnte, die seitdem dahingegangen sind, haben es deutlich gemacht und die Erfahrungen mit der Sowjetwirtschaft haben es bestätigt, daß diese Proportionalität nur ermöglicht wird auf Grundlage der Marktpreisbildung, und zwar nicht nur für die fertigen Güter, sondern auch für die Produktionselemente; namentlich die Ordnungsfunktion des Zinses, der sich an einem Kapitalmarkt, mindestens an einem Kapitalkernmarkt bildet, konnte bis heute durch nichts Gleichwertiges oder gar Besseres ersetzt werden.

So haben wir also unter volkswirtschaftlicher Produktivität zu verstehen, die nachhaltige Vermehrung der einsatzbereiten Produktionselemente in Verbindung mit deren auf der Marktpreisbildung beruhenden bestmöglichen Koordinierung. Im Grunde genommen sagt das lediglich: Von sozialökonomischem Fortschritt kann nur gesprochen werden, wenn der volkswirtschaftliche Ertrag größer ist als der Einsatz. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich die geplante Montanunion kurz kritisch betrachten.

Daß der erste ernstzunehmende Schritt zu einer europäischen ökonomischen Integration auf supranationaler Basis von der Kohlenwirtschaft seinen Ausgang nimmt, ist zu begrüßen. Nicht nur weil die Kohle, das Brot der Industrie, für den technischen Arbeitsprozeß von so großer Wichtigkeit ist, sondern auch, weil „die Widersinnigkeit des ökonomischen Partikularismus in der europäischen Kohlenwirtschaft am krassesten zutage tritt“ (Predöhl). Nur wenn diese Widersinnigkeit behoben wird, haben wir Aussicht, daß die Kohlenengpässe, die uns soviel zu schaffen

machen, beseitigt werden können. Die Europawirtschaftskommission der UNO kommt in ihrem letzten Jahresbericht zu dem Ergebnis, daß in den nächsten Jahren die Kohlenversorgung wahrscheinlich nur um 5% gesteigert werden kann, und das auch nur unter Einsatz von mindestens 12 Millionen amerikanischer, bekanntlich sehr teurer Kohlen und unter Verzicht auf die wünschenswerten stets greifbaren Reserven. Dieser Tatbestand macht es zu einer Notwendigkeit, daß die allgemein zugegebenen Produktionsvorteile des Ruhrreviers voll zur Geltung kommen. Im Ruhrgebiet haben wir nicht nur die größten Vorkommen gut verkokbarer Kohlen in Westeuropa, dort hat auch die auf der Kohle sich aufbauende Eisenindustrie einen vorzüglichen Standort, weil die an den Wasserläufen liegenden Stahlwerke am billigsten Eisenerze sowohl aus Schweden und Spanien und Lothringen heranschaffen können; alle drei Bezugsquellen von Erzen sind für die westeuropäische Eisen- und Stahlindustrie erforderlich.

Nun hat aber das Ruhrkohlengebiet mit großem geologischen und tektonischen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Flozmächtigkeit läßt zu wünschen übrig und die Abbautiefe ist groß. Diese Schwierigkeiten haben die Tendenz, sich weiter zu steigern, die Abbautiefe wächst jährlich um 5–6 m. Die durch die Natur bedingte ungünstige Kostenlage wurde erfolgreich bekämpft durch wahrhaft geniale unternehmerische Leistungen: Durch die Kohlenveredlung, durch eine im Laufe der Jahrzehnte ausgebaute Verbundwirtschaft, die die zur Verwendung kommenden Energien mit größter Wirtschaftlichkeit nutzbar macht, und durch eine zentrale Verkaufsstelle, die es zuwege brachte, daß jedes Unternehmen gerade die Kohlen und Koksarten erhielt, die es für seine besonderen Zwecke bedurfte. Obwohl das Ruhrrevier schon durch die Kriegseinwirkungen aufs schwerste getroffen wurde, glaubten die Alliierten darüber hinaus durch zusätzliche Unterbindung der erwähnten, glänzend bewährten Sonderleistungen der Unternehmer ein rasches Hochkommen des für ganz Europa so wichtigen Ruhrgebiets hemmen zu müssen. Von allen Seiten, auch von den Alliierten, wird zugegeben, daß diese Diskriminierungen mit der Annahme des Schumanplanes verschwinden müssen. Ebenso selbstverständlich sollte es sein, daß für alle

an der Montanindustrie beteiligten Partner im Interesse einer wirklichen Partnerschaft soweit wie möglich ein gleicher Start gewährleistet wird. Die deutsche Eisenindustrie verlangt mit Recht, daß ihr nicht vorenthalten wird, was der französischen Konkurrenz bereits zugestanden worden ist. Das alles sind sehr wesentliche Vorbedingungen für Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität.

Von der durch den Schumanplan zu schaffenden Montanunion werden aber auch unmittelbare Vorteile im Interesse der volkswirtschaftlichen Produktivität erwartet. Es handelt sich dabei um 4 Gruppen von Maßnahmen: 1. Schaffen eines großen gemeinsamen Marktes; 2. Erleichterte Heranziehung von Auslandskapital; 3. Bessere Raumökonomie in den beteiligten Ländern; 4. Verhinderung oder doch Bekämpfung der Folgen volkswirtschaftlicher Störungen durch die Gemeinschaftszentrale.

Der gemeinsame Markt will den Konsumenten freien Zugang zu den billigsten Erzeugern sichern, die Vorteile einer vollständigen Konkurrenz sollen gesichert werden. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die volkswirtschaftliche Produktivität um so größer ist, je größer, freier und sicherer der Markt ist, an dem sie sich zu entfalten vermag. Der ausgedehnte Markt macht eine Spezialisierung möglich, die heimische Produktion findet leichter Absatz und für den Erlös können ohne unnötige Hemmungen Waren eingeführt werden, nach denen am inländischen Markt eine starke Nachfrage besteht. Der glänzende wirtschaftliche Aufschwung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, der den Arbeitern eine Steigerung ihres realen Arbeitseinkommens um das zwei- bis dreifache brachte, war in erster Linie die Folge eines freien Güterverkehrs an einem großen gemeinsamen Markte. Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes würde wohl auch die volkswirtschaftlich ungesunde, starke Preisdifferenzierung am heimischen Kohlenmarkte beseitigen. Derzeit haben wir es mit vier verschiedenen Preisen zu tun, deren Höhe weit auseinanderliegt: mit dem legalen Standardpreis, mit dem Spitzenpreis für die Kohle, die über ein Produktionsminimum hinaus gefördert wird, mit dem Preis für die amerikanische Kohle und endlich

mit dem Preis, der am Schwarzen Markt bezahlt wird. Zur Zeit entfallen etwa 20% der Kohlenanfuhr auf den schwarzen Markt, der Preis ist dreimal so hoch als der legale Standardpreis. Wir dürfen uns nicht daran stoßen, daß wir es mit einer organisierten Konkurrenz zu tun haben, die Eigenart der Produktion von Kohle und Stahl und die Anpassung an den rasch wechselnden Bedarf macht eine Organisation des Absatzes unentbehrlich. Jedoch darf die organisierte Konkurrenz nicht zur Scheinkonkurrenz werden. Aber das will die Montanunion nicht, ihr Sinn soll sein, den Verzicht der beteiligten Länder auf Teile ihrer Souveränitätsrechte nicht zur Schwächung, sondern zur Stärkung des Leistungswettbewerbes zu benutzen.

Im Prinzip sind jedenfalls durch Schaffen des gemeinsamen Marktes wichtige Voraussetzungen für Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität gegeben. Dennoch muß der Nationalökonom bei gewissenhafter Prüfung eine Reihe von Bedenken anmelden.

Es fragt sich, ob der Teilmarkt, um den es sich bei der Montanunion nur handeln kann, nicht im Widerspruch steht mit dem in Aussicht gestellten gemeinsamen Markt, was namentlich dann der Fall sein wird, wenn ein Land die Preise außerhalb der Montanunion von oben herab planwirtschaftlich regelt, ein anderer Partner dagegen den Konkurrenzpreis von unten herauf sich auswirken läßt. Man kann die Preisbildung im Rahmen der Montanunion nicht isolieren, wir haben es vielmehr mit einer Interdependenz der Preise zu tun, die im Wesen der Volkswirtschaft begründet ist.

Die Väter des Schumanplanes haben es aber auch gar nicht gewagt, der Marktpreisbildung den Weg ganz freizugeben. Der Montanunion sind „soziale Hypotheken“ – ein Ausdruck, den Prof. Hallstein prägte – auferlegt worden. Zugunsten der Arbeiter sollen praktisch schwer realisierbare Maßnahmen getroffen werden, um einer Arbeitslosigkeit infolge technischer Fortschritte entgegenzuwirken. Der Sinn des technischen Fortschrittes liegt aber gerade darin, daß menschliche Arbeitskraft durch Verwendung von Maschinen erspart wird; steigert sich dadurch die volkswirtschaftliche Produktivität, so wird das zwar an dem unmittelbar betroffenen Spezialarbeitsmarkt zu

Entlassungen führen, sich aber an dem gesamten Arbeitsmarkt infolge Steigerung der Kaufkraft günstig auswirken. Auch im Interesse der Unternehmer ist eine „soziale Hypothek“ eingefügt worden; der Artikel 3 verspricht, daß bei Festsetzung der Preise die erforderlichen Abschreibungen ermöglicht werden müssen und daß dem hereingenommenen Kapital eine normale Verzinsung zu bieten sei. Amortisation und Verzinsung müssen aber verdient werden. Werden sie garantiert, so kann das zu überhöhten Kosten führen. Überhöhte Kosten als Dauererscheinung sind aber unter Umständen noch bedenklicher als Monopolgewinne. Denn bei den Monopolgewinnen bleibt die Aussicht, daß sie als Kapital in der Volkswirtschaft weiter arbeiten, während überhöhte Kosten, vollends als Dauererscheinung, volkswirtschaftlich einen reinen Verlust darstellen.

Weit bedenklicher als die hier angedeuteten Sorgen ist, daß beim Schumanplan eine äußerst wichtige Tatsache offenbar übersehen wurde. Wir haben es seit 1914 mit einer von Grund auf geänderten Volkswirtschaft zu tun. Vor 1914 war die Stabilität des Preisniveaus und nach 1918 war die Preisinstabilität für das Ineinandergreifen der Einzelwirtschaften in der Volkswirtschaft kennzeichnend. Die für England errechnete Totalindexnummer ergibt für das Jahrfünft 1845–1850 die durchschnittliche Gesamtziffer 2200 und für den Durchschnitt des Jahrfünfts 1905 bis 1909 die Gesamtziffer von 2297, also nur minimale Unterschiede. Schwere politische und wirtschaftliche Erschütterungen konnten in dem Zeitraum von 6 Jahrzehnten nicht verhindern, daß sich immer wieder das alte Gleichgewicht im Preisniveau herstellte. Ganz anders ist das Bild für die Zeit nach 1914. Nehmen wir – wiederum für England – die Lebenshaltungskosten des Jahres 1938 als Basisjahr, dann bezifferten sich die Lebenshaltungskosten im Jahre 1914 auf 69, im Jahre 1921 auf 155, im Jahre 1950 auf 189. Also eine Differenz zwischen 69 und 189! Bei den Großhandelspreisen war der Unterschied noch wesentlich größer, er schwankte zwischen 83 und 259, die schroffen Schwankungen bei den Lebenshaltungskosten waren durch Subventionen zu Lasten der Steuerzahler gemildert worden. Ohne Zweifel beherrscht

seit 1914 die Tendenz zur Preissteigerung die volkswirtschaftliche Situation, die aber von Zeit zu Zeit vorübergehend durch Rückschläge unterbrochen wird. Der Economist veröffentlichte im August d. J. eine Reihe von Aufsätzen, in denen 14 Gründe dafür angeführt werden, daß nach menschlichem Ermessen die Preise immer weiter steigen, auch wenn keine destruktive Inflation zu erwarten wäre. Die Kriegsvorbereitungen und unproduktiven Rüstungen stehen natürlich bei den Gründen obenan, aber der große Einfluß der in Gewerkschaften organisierten Arbeiter, das Streben nach Egalisierung der Einkommen und Vermögen bei steigenden Lebensansprüchen und verminderter Kapitalbildung, aber auch irreführende Theorien, wie diejenigen der Keynesianer und manches andere wird in der langen Liste aufgezählt. Natürlich sind aber die Auswirkungen der verschiedenen Umstände, die auf den Geldwert einwirken, in den Ländern, die am Schumanplan beteiligt sein werden, nicht immer gleich. Bald wird dieses, bald jenes Land an den Rand der Abwertung gedrängt, die Schwierigkeiten müssen steigen, je mehr die unproduktiven Rüstungsausgaben den Kampf gegen die Senkung der Lebenshaltung erschweren. Über Nacht kommt dann hier oder dort eine Abwertung, die den zwischenstaatlichen Güterverkehr aufs stärkste beeinflußt, sie wirkt für die Einfuhr als Protektionismus und für die Ausfuhr wie eine Exportprämie.

Zwar erklärt der Schumanplan als unvereinbar mit dem gemeinsamen Markt für Kohle und Stahl, daß innerhalb der Gemeinschaft Ausfuhrzölle sowie mengenmäßige Beschränkungen des Warenverkehrs eingeführt werden. Aber wie soll das erreicht werden, wenn ein einheitlicher Generalnenner fehlt, der es ermöglicht, an einem gemeinsamen Markt mit volkswirtschaftlich richtigen Ziffern rechnen und disponieren zu können?

Die an und für sich dankenswerte Zahlungsunion kann in der Hinsicht keine Hilfe bringen, sie soll lediglich bei den angeschlossenen Staaten den Ausgleich der Salden terminmäßig erleichtern, was nach Lage der Sache schon schwierig genug ist. Es wird kaum etwas anderes übrigbleiben, als der geschaffenen supranationalen Instanz für die Montanunion eine weitere supranationale Organisation zuzugesellen oder aber der schon vorhandenen „Hohen Behörde“ neue, erweiterte Aufgaben zuzu-

weisen, die darauf hinauslaufen müssen, die Geld- und Kreditpolitik zu vereinheitlichen. Erforderlich ist dafür ein zentral geleiteter Manövrierfonds in Gold oder in harten Währungen in Verbindung mit einem zentralen Geld- und Kreditinstitut, vielleicht nach Art des Federal-Reserve-Systems der Vereinigten Staaten.

Daß zum Abbau der Hemmnisse, die einem gedeihlichen internationalen Gütertausch entgegenstehen, guter Wille und vertragliche Abmachungen nicht genügen, zeigen die neuesten Erfahrungen der GATT, des „Allgemeinen Abkommens über Zölle und Handel“, das im Oktober 1947 in Genf 18 Nationen abschlossen, später ist ihm auch die Bundesrepublik beigetreten. Allen Bemühungen zum Trotz mußte auf der letzten GATT-Konferenz, die im Oktober 1951 in Genf stattfand, der Norweger Melander als Vorsitzender erklären, daß infolge des mangelnden Gleichgewichtes der Zahlungsbilanzen in der Welt Einfuhrbeschränkungen in großem Umfange hätten aufrechterhalten werden müssen trotz des aufrichtigen Wunsches der Vertragspartner, diese Beschränkungen abzubauen und schließlich zu beseitigen.

Die hier angedeuteten Sorgen rechtfertigen noch nicht ein Veto gegen den Schumanplan, aber sie machen deutlich, daß die angestrebte Montanunion nur ein erster Schritt zur wirtschaftlichen Integration Europas sein kann, dem unverzüglich weitere folgen müssen, wobei Bemühungen um die Konvertibilität der Währungen allem anderen vorangehen sollten.

Viel gewonnen wäre, wenn die zwischenstaatlichen Kapitalwanderungen ihre in der alten Weltwirtschaft hergebrachte Mission im Dienste des Ausgleichs der Zahlungsbilanzen wieder ausüben könnten. Ehedem sorgte der internationale Kredit in Verbindung mit dem Zinsgefälle, das sich am wirklichen, d. h. dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgenden Geld- und Kapitalmarkt bildete, für den Ausgleich der Zahlungsbilanzen; die Goldreserven hatten demgegenüber in normalen Zeiten häufig nur dekorative Bedeutung.

Nun kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ein so mächtiges Produktions- und Marktgefüge der wichtigsten Grundstoffe,

wie es die Montanunion darstellt, eine besondere attraktive Anziehungskraft für das internationale Kapital haben wird. Das ist schon im Interesse der Montanindustrie selbst sehr wichtig; für deren Ausbau namentlich an der Ruhr ist weit mehr Kapital erforderlich, als wir aus eigener Kraft bereitzustellen in der Lage sein werden. Die eine Milliarde, die wir jetzt nach langem Zögern aufzubringen bemüht sind, reicht bei weitem nicht aus. Die Substanzerhaltung ist im Bergbau seit 1914 und besonders seit 1936 vernachlässigt worden. Durch Stilllegung wenig ergiebiger Gruben und Aufgabe ungünstiger Flöze sind die greifbaren abbauwürdigen Kohlenvorräte seit 1914 um 6 Milliarden Tonnen vermindert worden, während neue Kohlenvorräte nur im Gesamtbetrage von rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden Tonnen erschlossen worden sind. Dabei muß beachtet werden, daß das Niederbringen neuer Schachtanlagen einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren erfordert. Die durch die Kriege und die Kriegsvorbereitungen stark einträchtigte Kapitalbildung hat aber nicht nur verhindert, daß neue Bergwerke in dem erforderlichen Ausmaß erschlossen wurden, sie ist auch schuld daran, daß wir in der Mechanisierung zurückgeblieben sind. Nur etwa die Hälfte unserer Kohlengewinnung erfolgt nach neuen, auch für den Ruhrbergbau zweckmäßigen technischen Verfahren. Diese Mechanisierung hätte nicht nur den Schichtaufwand vermindert, sie würde es auch ermöglicht haben, daß sich die Kohlengewinnung viel elastischer plötzlich auftretenden Bedarfssteigerungen anpassen kann. Die repräsentative Zeitschrift für den deutschen Bergbau „Glück auf“ berechnet jüngst (27. 10. 1951), daß in den kommenden Jahren für betriebstechnische Zwecke nach den heutigen Indexziffern insgesamt 4,7 Milliarden aufzuwenden seien, wie bereits beiläufig erwähnt wurde, dazu kommen noch rund 1,3 Milliarden für den dringend notwendigen Bau von Bergmannswohnungen. Diese großen Mittel müssen so rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden, daß weitschauende bergmännische Planungen ohne die Kosten sehr verteuernenden nachträglichen Einengungen durchgeführt werden können.

Um aber derartige große Summen vom Ausland zu erhalten und gleichzeitig dem internationalen Kreditmarkt seine ausgleichende Funktion wiederzugeben, genügt keineswegs die Rati-

fizierung des Schumanplans. Es ist dazu erforderlich 1. die Regelung der alten Schuldverpflichtungen, die wir dem Ausland gegenüber eingegangen sind. 2. Sorge für eine Konvertibilität der Währung. 3. Sicherung der Transferierung ohne Währungsverluste. 4. Wiederherstellung der Zinswahrheit. 5. Verzicht auf soziale Experimente zum Nachteile des ausländischen Privateigentums; dabei ist wohl zu beachten, daß bei derartigen Experimenten der Ausländer nicht das einschätzt, was wir Inländer davon erhoffen, sondern das, was schlimmsten Falles davon zu fürchten ist. Sind aber diese Vorbedingungen erfüllt, dann würde gewiß die Montanunion in Verbindung mit der „deutschen Tüchtigkeit“, die auf Grund unserer Leistungen im Dienste des Wiederaufbaues in der ganzen Welt wieder zu einem hochgeachteten Begriff geworden ist, wie ein Magnet auf das ausländische Kapital wirken.

Heranziehung von Auslandskapital ist auch notwendig, um wenigstens die schlimmsten Fehler in der westeuropäischen Raumökonomie zu korrigieren. Diejenigen haben recht, die meinen, daß der weitaus größte Nachteil der europäischen Volkswirtschaft gegenüber der amerikanischen nicht deren meist erheblich überschätzten, durch Raubbau stark mitgenommenen natürliche Reichtümer seien, sondern die Tatsache, daß in USA immer wieder höchste Raumökonomie zur Geltung gebracht wird, während in Europa Standortsfragen nur zu oft durch politische Zielsetzungen in Verbindung mit kollektiven egoistischen Sonderinteressen „gelöst“ werden. Nun wiederholt sich leider immer wieder die alte Erfahrung, Fehler machen ist sehr leicht, Fehler korrigieren schwer und langdauernd. Industrielle Standorte, die zu einer historischen Tatsache geworden sind, können nicht im Handumdrehen geändert werden ohne harte Schäden und Verluste für diejenigen, die ihr Lebensschicksal mit diesen Standorten verbunden haben, daher ist es durchaus in der Ordnung, daß an Belgien, das bei freier Konkurrenz eine Anzahl seiner Gruben stilllegen muß, Übergangsentschädigungen zu Lasten des Ruhrbergbaus bezahlt werden, die im ersten Jahre 60-80 Millionen DM betragen und dann in den folgenden Jahren um je $\frac{1}{5}$ sinken. Auch das Verbot diskriminierender Transporttarife ist trotz zu erwartender Einsprüche der heimischen

Interessenten nicht zu beanstanden, wenn derartige Diskriminierungen eine Wanderung der Produktion von Kohle und Stahl an die besten Standorte beeinträchtigt. Förderung der volkswirtschaftlichen Produktivität im Interesse ganz Europas muß höher stehen als die Sicherung vorhandener Standorte.

Die Unstabilität der Preise und die unausgeglichenen Zahlungsbilanzen seit 1914 haben immer wieder und werden auch in Zukunft die Wirtschaft der europäischen Länder so beeinflussen, daß von Zeit zu Zeit ernste Depressionen oder sogar schwere Krisen hingenommen werden müssen. Es ist selbstverständlich, daß ein so grundlegendes Gesetz wie der Schumanplan an der Frage nicht vorbeigehen kann, wie den dadurch entstehenden Schwierigkeiten zu begegnen ist. Das wird aber nur dann möglich sein, wenn die Exekutive, d. h. die aus 9 Personen bestehende „Hohe Behörde“, in die Lage versetzt wird, unter Umständen den Grundgedanken der Montanunion, den Leistungswettbewerb und die Marktpreisbildung, vorübergehend durch Bewirtschaftungsmaßnahmen zu ergänzen oder zu ersetzen. Diesen Notwendigkeiten tragen die sehr umstrittenen Artikel 57 und 58 des Gesetzes Rechnung. Daraus ergeben sich allerdings Machtbefugnisse, wie sie die einzelnen Regierungen nur ausnahmsweise besaßen und besitzen, und diese Machtbefugnisse sollen nun einer supranationalen Autorität übertragen werden. Es ist begreiflich, daß das insbesondere auch im Ausland zu ernststen Bedenken Anlaß gab. So schrieb z. B. die Schweizerische Handelszeitung am 18. 10. 1951: „Die Schädigung der Wirtschaft und damit Verarmung der Völker wird nicht dadurch behoben, daß der staatliche Dirigismus noch übertroffen wird durch einen überstaatlichen Dirigismus.“

Damit kommen wir zu der für den sozialökonomischen Erfolg oder Mißerfolg der Montanunion entscheidenden Frage: „Wird die supranationale „Hohe Behörde“ in der Lage sein, den Anforderungen der volkswirtschaftlichen Produktivität besser und rascher Rechnung zu tragen als die Regierungen in den einzelnen parlamentarisch regierten Staaten? Es wird nicht leicht sein, die Behauptung zu

widerlegen, daß die internationale Wirtschaftspolitik seit 1914 eine nur selten unterbrochene Kette von verhängnisvollen Mißerfolgen und versäumten Gelegenheiten war. Will man die Ursache auf eine kurze Formel zurückführen, so kann man vielleicht sagen: Nötig gewesen wäre mehr demokratische, mit der nötigen Einsicht verbundene Verantwortung und weniger politische Kontrolle ohne die erforderliche Einsicht. Je kleiner die Zahl der wirklichen Sachkenner ist, die sich um Lösung schwieriger wirtschaftlicher Probleme bemühen, je weniger dabei Reden zum Fenster herausgehalten werden, um Eindruck auf die Wähler zu machen, um so erfolgreicher wird sich die Lösung schwieriger wirtschaftspolitischer Aufgaben gestalten. Dabei muß daran erinnert werden, daß es die Wirtschaftspolitiker seit 1914 viel schwerer haben, den Weg zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Produktivität zu finden, weil ihnen die Goldwährung und die zwischen den Goldpunkten nur wenig schwankenden Wechselkurse als Orientierungsmittel fehlen.

Was ich meine, möchte ich an einem Beispiel illustrieren: Unmittelbar nach dem Zusammenbruch, noch im Mai 1945, haben Mitglieder der staatswirtschaftlichen und der juristischen Fakultät unserer Universität im Verein mit einer kleinen Anzahl hervorragend sachkundiger Männer aus der wirtschaftlichen und der sozialen Praxis es unternommen, durch vorbereitende gesetzgeberische Arbeit den Versuch zu machen, zu retten, was noch zu retten war. Ohne materielle Mittel, nur angewiesen auf ehrenamtliche Arbeit, haben wir im Erdgeschoß in einigen armselig ausgestatteten Räumen unserer in Trümmer liegenden Universität getagt und vor dem Wiederaufstehen der politischen Parteien innerhalb kurzer Frist auf einer ganzen Reihe von Gebieten, wie man nach 6 Jahren rückschauend wohl ohne Überheblichkeit feststellen kann, wirklich grundlegende Arbeit geleistet. Unter anderem konnten wir im Sommer 1945 im Generalhauptquartier Eisenhowers in Frankfurt a. M. zwei Gesetzentwürfe betreffend die Währungsanierung und den Lastenausgleich mit einem eingehenden Motivenbericht überreichen. Wir hatten die Freude, bald darauf durch das englische Radio zu erfahren, daß unsere Vorschläge bei Sachkundigen großen Eindruck gemacht hätten. Aus dem Generalhauptquartier selbst haben wir aber nicht

einmal eine Empfangsbestätigung erhalten. Drei Jahre später wurde die Währungsreform durchgeführt unter Übernahme der von uns dargelegten Grundgedanken, allerdings in Form eines Kompromisses zwischen den drei in Betracht kommenden alliierten Regierungen, das niemand ganz befriedigte. Aber zwischem unserem Vorschlag und der Geldordnung im Juni 1948 lagen drei Jahre, die wir als die Zeit der verdeckten Inflation bezeichnen, mit namenlosem Elend, einer Fülle von Korruptionen und einer gewaltigen Schädigung unseres Volksvermögens. Die Folge davon, daß man zu spät das tat, was längst hätte geschehen müssen.

Derartige Erfahrungen machen deutlich, wie notwendig es ist, eine Verbindung zwischen politischer Macht und sozialökonomischer Notwendigkeit so herzustellen, daß wichtige Entscheidungen rasch und folgerichtig durchgeführt werden können. Das will ohne Zweifel der Schumanplan. Er legt das größte Gewicht darauf, daß die Hohe Behörde, deren Mitglieder auf 6 Jahre ernannt werden, „auf Grund ihrer allgemeinen Befähigung“ ausgewählt werden, sie sollen „ihre Tätigkeit in voller Unabhängigkeit im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft ausüben. Sie dürfen bei Erfüllung ihrer Pflichten weder Anweisungen von ihrer Regierung oder von einer anderen Stelle einholen noch solche Anweisungen entgegennehmen.“

Selbstverständlich ist, daß zur Abwehr jedweder Diktatur eine demokratische Kontrolle in den Gesamtplan eingebaut ist, aber sie soll so gestaltet sein, daß die Exekutive nicht bei jedem Schritt durch eine bürokratische Apparatur gehemmt wird. Doch muß die „Hohe Behörde“ von dem Gedanken getragen sein, daß auf keinem Wirtschaftsgebiet die freiwillige, verständnisvolle und freudige Mitarbeit der Produzenten, sowohl der Unternehmer wie der Arbeiter, so wichtig ist wie in der Kohlen- und Stahlgemeinschaft. Ist die „Hohe Behörde“ von diesem Bewußtsein durchdrungen, dann wird sie von sich aus alles tun, um zu verhindern, daß die freie Initiative durch ein Übermaß von Bürokratie erdrückt wird, was besonders dann der Fall wäre, wenn sich die Montanunion im Gegensatz zu den Grundgedanken des Schumanplanes zu einem Superkartell entwickeln sollte. Doch darf auch nicht außer acht gelassen werden, daß die anderen

großen Kohlenproduzenten Europas, Großbritannien und Polen, infolge Verstaatlichung ihres Kohlenbergbaus für den internationalen Handel einen einheitlich geschlossenen Block darstellen, dem gegenüber auch die Montanunion trotz grundsätzlicher Anerkennung des freien Wettbewerbes unter Umständen ein Gegengewicht bilden muß.

All dies kann bei richtiger Anwendung und Deutung der Paragraphen so verwirklicht werden, wie es im Interesse der volkswirtschaftlichen Produktivität erforderlich ist.

Nun sind aber Paragraphen tote Buchstaben. Es kommt auf den Geist an, in dem sie ausgeführt werden. Daß in der Hinsicht alle beteiligten Völker gemäß den gemachten Erfahrungen berechtigten Argwohn haben, ist nur zu begreiflich. Bei uns hat dieser Argwohn neue Nahrung gewonnen durch die, wenn auch nur vorläufige Zurückweisung unserer Remontageanträge namentlich betreffend Wiederaufbau der Thyssenhütte. Die Entscheidung der maßgebenden Militärinstanz war jedenfalls psychologisch wenig klug.

Zurückgedrängt werden müssen unter allen Umständen sowohl der nationale Egoismus wie die Augenblicksinteressen des kollektiven Egoismus der unmittelbar interessierten Unternehmer und Arbeiter. Sehr nützlich wäre es, wenn Staaten, wie die Schweiz, die nur als Verbraucher interessiert sind, der Montanunion beitreten würden. Zwar können nur Staatsangehörige der Mitgliedstaaten Mitglieder der „Hohen Behörde“ werden; es widerspricht vielleicht dem Wortlaut, aber gewiß nicht dem Sinn der geplanten „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, wenn Länder, die nur als Konsumenten an dem gemeinsamen Markt beteiligt sind, in die Gemeinschaft aufgenommen würden und auch in der „Hohen Behörde“ mitzuwirken in der Lage wären. Es würde ein großer Gewinn sein, wenn die Konsumentenländer unmittelbar Gelegenheit hätten, die Produzentenländer an ihre volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Pflichten zu erinnern.

Haben aber die Männer, die in die „Hohe Behörde“ entsandt werden, den nötigen Willen und die erforderliche Sachkunde, ihre übernommenen Pflichten im Sinn einer europäischen Gemeinschaft zu lösen, dann ist nicht einzusehen, weshalb man die-

sem Gremium nicht auch weitergehende Aufgaben zuweisen sollte, um die europäische Integration auf wirtschaftlichem Gebiete rasch vorwärtzutreiben, wenn auch nicht durch „Entscheidungen“, so doch durch „Empfehlungen“ oder „Stellungnahmen“. Das sind die drei Arten der vorgesehenen Kundgebungen der „Hohen Behörde“.

Die volkswirtschaftliche Produktivität muß unbedingt so gesteigert werden, daß eine destruktive Inflation vermieden wird, sie würde den Zusammenbruch der freien Welt bedeuten. Dazu brauchen wir aber unter allen Umständen und ohne Verzug die wirtschaftliche Integration Westeuropas. Voraussetzung dafür ist, daß Frankreich und Deutschland endlich begreifen, wie klein das, was sie trennt, ist, gegenüber dem, was sie eint. Man darf wohl als politisches Kernstück des Schumanplans bezeichnen, daß es für Frankreich und Deutschland 50 Jahre lang gewissermaßen technisch unmöglich gemacht wird, Krieg gegeneinander zu führen, und daß diese Länder gezwungen werden, auf einem wirtschaftlich besonders wichtigen Gebiet Hand in Hand zu arbeiten. Frankreich wird in Zukunft in höchstem Maße auf den Bezug von Kohle und namentlich von Koks aus dem Ruhrrevier angewiesen sein. Die bisherigen Auswege: Bezug aus USA, aus Polen, Ausbau des eigenen Kohlenbergbaues, haben sich als unwirtschaftlich erwiesen. Auf der anderen Seite kann Frankreich damit rechnen, daß es für den Absatz seiner Eisenerze in Deutschland einen guten Abnehmer findet, denn Frankreich ist das einzige Land, das zur Steigerung der Ausfuhrmenge nach Deutschland in größerem Maße in der Lage ist. Die Vorräte in dem französischen Haupteisenerzrevier, dem Minetterevier in Lothringen, reichen noch für 200 bis 300 Jahre aus. Unsere Salzgittererze werden allerdings bei volkswirtschaftlicher richtiger Kalkulation in freiem Wettbewerb einen schwierigen Stand haben. Es gibt keine zwei benachbarten großen Länder, die sich wirtschaftlich so vortrefflich ergänzen wie Deutschland und Frankreich, diese beiden Flügel der abendländischen Kultur, für die es heute wieder einen besonderen Sinn haben müßte, daß vor der althehrwürdigen Notre-Dame-Kirche das Denkmal Karls des Großen

steht. Sowohl für Frankreich wie für Deutschland dürfte auch wohl bei nüchterner Überlegung beruhigend wirken, daß die Gefahr einer nationalistischen Überheblichkeit um so geringer wird, je weniger die einzelnen Länder autark sind.

Gewiß müssen vorübergehend beide Länder infolge der unvermeidlichen Anpassungsschwierigkeiten Opfer bringen, aber auf längere Sicht gewinnen beide Länder erheblich. Man sollte daher nicht zuviel nörgelnd fragen, ob der Start hier und dort auch ganz gleich ist, das große gemeinsame Ziel muß entscheidend sein; Ziel ist nicht die Montanunion als solche, sondern die westeuropäische Einheit im Rahmen einer freien Weltwirtschaft, die Montanunion ist dafür nur ein erster Schritt. Was dem nationalsozialistischen Zwang buchstäblich von einem Tag zum anderen gelang, aus Deutschland, Österreich, der Tschecho-Slowakei eine wirtschaftliche Einheit zu schaffen, sollte auch ohne brutalen Zwang durch Einsicht und guten Willen für Westeuropa möglich werden. Frankreich und Deutschland müssen mit gutem Beispiel vorangehen. In der Erklärung der französischen Regierung vom 9. Mai 1950, die dem Schumanplan mit auf den Weg gegeben wurde, heißt es:

„Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen. Zu diesem Zweck schlägt die französische Regierung vor, in einem begrenzten, doch entscheidenden Punkt sofort zur Tat zu schreiten.“

Gegenüber dem politischen Kernstück verblassen die für oder gegen den Schumanplan angeführten sozialökonomischen Argumente, aber sie dürfen im Interesse des nachhaltigen Erfolges nicht übersehen werden.

Die „Hohe Behörde“ soll von mancherlei beratenden Organen umgeben werden, darunter auch von einem wirtschaftlich-wissenschaftlichen Beirat. Es bleibt abzuwarten, ob eine derartige or-

ganisierte Einschaltung der Wirtschaftswissenschaft von deren Standpunkt aus eine reine Freude sein wird; es besteht immerhin die Gefahr, daß sich die Wissenschaft nicht mit Weisheit, sondern mit politischer Taktik verbindet, daß die nahe Sicht überschätzt und die meist wichtigere ferne Sicht unterschätzt wird, auch wird die Wissenschaft versucht sein, im Interesse der äußeren Wirkung Einheitlichkeit durch Kompromisse zu erreichen, aber derartige Kompromisse sind häufig nur Konglomerate von halben Wahrheiten.

Jeder, der sich der Wissenschaft widmet, muß der Mahnung des Florentiners eingedenk sein: *Sequi il tuo corso*, folge deinem Wege und lasse die Leute reden. Auf dem Nationalökonom ruht dabei aber eine besondere Verantwortung. Er darf sich nicht, wie es ein österreichischer Kollege vor Jahren einmal ausdrückte, „in sein Studierzimmer einschließen und die Welt der Tatsachen aus den Fingernägeln saugen“, sondern er muß mit beiden Füßen mitten in dieser Welt der Tatsachen stehen, um mitzuhelfen, sie mit wissenschaftlichen Mitteln für klar erkannte volkswirtschaftliche Zwecke meistern zu helfen. Dies wird aber nur dann möglich sein, wenn der Nationalökonom nicht stolz darauf ist, einer Gelehrtenbrüderschaft anzugehören, die sich einer Sprache bedient, die ein normaler Mensch nicht versteht. Einst meinte Friedrich List, die Nationalökonomie müsse Gemeingut aller Gebildeten werden, sie muß heute Gemeingut aller Staatsbürger werden, nicht zuletzt der Arbeiter, deren gewerkschaftlichen Organisationen eine so große Verantwortung übernommen haben. Das, was Vauvenargues im 18. Jahrhundert sagte, „es gibt keine Wahrheit, der wir nicht zustimmten, wenn sie uns klar und deutlich dargestellt wird“, gilt auch heute noch. Aber noch ein Drittes muß der Nationalökonom ernst beachten: Er wird dem Problem der Arbeitsteilung größte Aufmerksamkeit schenken, denn der Arbeitsteilung verdanken wir den volkswirtschaftlichen Fortschritt. Aber er muß sich immer wieder vor Augen halten, daß diese Arbeitsteilung sinnlos ist, wenn sie nicht zu einer Arbeitsvereinigung führt, die ihrerseits eine Arbeitsgemeinschaft von Menschen sein muß, die nicht nur einen Körper, sondern auch eine Seele haben. Dabei entstehen freilich Aufgaben, für deren Lösung wir benachbarten Wissenschaften

die Hand reichen müssen, der Philosophie, der Soziologie, nicht zuletzt auch der Theologie. Auf dem Nationalökonom lastet jedoch die Pflicht, eine für denjenigen, dem sozial-ethische Ziele weit höher stehen als die sozial-ökonomischen Ziele, harte Pflicht, sich und andere an den Wahrheitskern zu erinnern, der in der alten Losung steckt: „Erst leben, dann philosophieren.“